

## **Antrag**

**der Abgeordneten Hans-Joachim Fuchtel, Gunnar Uldall, Karl-Josef Laumann, Dietrich Austermann, Hans-Peter Repnik, Brigitte Baumeister, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Hansjürgen Doss, Rainer Eppelmann, Albrecht Feibel, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Erich G. Fritz, Dr. Jürgen Gehb, Kurt-Dieter Grill, Ernst Hinsken, Ulrich Klinkert, Dr. Martina Krogmann, Dr. Norbert Lammert, Vera Lengsfeld, Julius Louven, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Wolfgang Meckelburg, Elmar Müller (Kirchheim), Bernd Neumann (Bremen), Claudia Nolte, Friedhelm Ost, Dr. Bernd Protzner, Thomas Rachel, Dr. Heinz Riesenhuber, Franz-Xaver Romer, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Hartmut Schauerte, Heinz Schemken, Karl-Heinz Scherhag, Dietmar Schlee, Johannes Singhammer, Dorothea Störr-Ritter, Max Straubinger, Andreas Storm, Matthäus Strebl, Andrea Voßhoff, Peter Weiß (Emmendingen), Gerald Weiß (Groß-Gerau), Matthias Wissmann, Dagmar Wöhrl und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Arbeitslosenversicherungsbeitrag senken**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Belastung von Bürgern und Wirtschaft in Deutschland mit Steuern und Abgaben ist zu hoch. Nach einer Untersuchung des Bundes der Steuerzahler ist die volkswirtschaftliche Einkommensbelastung der Bürger von 1998 bis 2000 von 55,1 % auf 56,5 % gestiegen und wird trotz Steuerreform im Jahr 2005 das Niveau von 1998 kaum unterschreiten. Dies wirkt sich nachteilig auf die Leistungsbereitschaft der Bürger aus und beeinträchtigt ihre Möglichkeiten, Mittel für die vor allem im Bereich der Alterssicherung notwendige Eigenvorsorge zu erübrigen. Für die Wirtschaft sind die hohen Lohnnebenkosten ein bedeutsames Wachstumshemmnis.

Deshalb sollten alle vorhandenen Möglichkeiten genutzt werden, die Abgabenbelastung von Bürgern und Wirtschaft zu reduzieren. Solche Möglichkeiten bestehen derzeit im Bereich der Arbeitslosenversicherung. Aufgrund der demographischen Entwicklung und des derzeit vom schwachen Euro begünstigten, exportgestützten Wachstums entwickeln sich die Arbeitsmarktzahlen besser als von der Bundesregierung im Frühjahr prognostiziert. Dies führt zu sinkenden Ausgaben und steigenden Einnahmen bei der Bundesanstalt für Arbeit. Pro 100 000 Arbeitslose weniger als geschätzt kann mit einer Verbesserung der Haushaltslage der Bundesanstalt von gut 3 Mrd. DM gerechnet werden.

Weitere finanzielle Spielräume ergeben sich, wenn die Bundesregierung ihre Pläne aufgibt, den Bundeshaushalt zu Lasten der Bundesanstalt für Arbeit zu sanieren. Insgesamt ist festzustellen, dass schon für 2001 ein finanzieller Spielraum besteht, der eine Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung von 0,5 % erlaubt. Für einen Durchschnittsverdiener und seinen Arbeitgeber wäre dies eine Entlastung von je ca. 130 DM pro Jahr.

Schreibt man die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt für das Jahr 2002 fort und berücksichtigt die Tatsache, dass die Abgabensenkung über eine Steigerung der Binnennachfrage wachstumssteigende Effekte haben wird, dann ergibt sich ein Beitragssenkungsspielraum, der zu einer weiteren Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages um 0,5 % auf dann 5,5 % genutzt werden sollte.

Der Deutsche Bundestag hat kein Verständnis dafür, dass die Bundesregierung gerade angesichts der hohen Belastung der Bürger durch die Ökosteuer Beitragssenkungen im Jahr 2001 nicht ins Auge fasst. Sie sollte nicht erst bis zum Wahljahr 2002 damit warten, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zu senken, sondern jetzt handeln.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem der Arbeitslosenversicherungsbeitrag in den Jahren 2001 und 2002 um jeweils 0,5 % gesenkt wird.

Berlin, den 24. Oktober 2000

<b>Hans-Joachim Fuchtel</b>	<b>Bernd Neumann (Bremen)</b>
<b>Gunnar Uldall</b>	<b>Claudia Nolte</b>
<b>Karl-Josef Laumann</b>	<b>Friedhelm Ost</b>
<b>Dietrich Austermann</b>	<b>Dr. Bernd Protzner</b>
<b>Hans-Peter Repnik</b>	<b>Thomas Rachel</b>
<b>Brigitte Baumeister</b>	<b>Dr. Heinz Riesenhuber</b>
<b>Wolfgang Börnsen (Bönstrup)</b>	<b>Franz-Xaver Romer</b>
<b>Hansjürgen Doss</b>	<b>Heinrich-Wilhelm Ronsöhr</b>
<b>Rainer Eppelmann</b>	<b>Hartmut Schauerte</b>
<b>Albrecht Feibel</b>	<b>Heinz Schemken</b>
<b>Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)</b>	<b>Karl-Heinz Scherhag</b>
<b>Erich G. Fritz</b>	<b>Dietmar Schlee</b>
<b>Dr. Jürgen Gehb</b>	<b>Johannes Singhammer</b>
<b>Kurt-Dieter Grill</b>	<b>Dorothea Störr-Ritter</b>
<b>Ernst Hinsken</b>	<b>Max Straubinger</b>
<b>Ulrich Klinkert</b>	<b>Andreas Storm</b>
<b>Dr. Martina Krogmann</b>	<b>Matthäus Strebl</b>
<b>Dr. Norbert Lammert</b>	<b>Andrea Voßhoff</b>
<b>Vera Lengsfeld</b>	<b>Peter Weiß (Emmendingen)</b>
<b>Julius Louven</b>	<b>Gerald Weiß (Groß-Gerau)</b>
<b>Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)</b>	<b>Matthias Wissmann</b>
<b>Wolfgang Meckelburg</b>	<b>Dagmar Wöhrl</b>
<b>Elmar Müller (Kirchheim)</b>	
<b>Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion</b>	